

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

26. Jahrgang Nr. 5/2018

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



Menschen vor Profite:

**Pflegenotstand
stoppen!**

www.pflegenotstand-stoppen.de

www.dielinke-vogtland.de

DIE LINKE.

VIELE NEUE STELLEN SCHAFFEN

Proteste gegen Pflegenotstand zeigen Wirkung. Doch die geplanten Maßnahmen der Regierung reichen nicht. DIE LINKE macht Druck für gute Pflege

In der Pflege herrscht seit Jahren Notstand. Gesundheit und Menschenwürde bleiben in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen oft auf der Strecke. Der Grund: Es fehlen mindestens 140.000 Pflegekräfte. Über Jahre hat die Bundesregierung eine Politik betrieben, die die Pflege von Menschen Wettbewerbsfähigkeit und Profite unterordnet. Vor den schrecklichen Auswirkungen des Pflegenotstands hat sie die Augen verschlossen.

Mittlerweile zeigen Medienberichte über Skandale, Proteste und Streiks von Pflegekräften – und die Kampagne der LINKEN – Wirkung: Merkel und die Große Koalition mussten handeln und mehr Geld für die Pflege bereitstellen, obwohl sie das lange nicht vorhatten. Die von der Großen Koalition beschlossenen Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus, um den Pflegenotstand zu stoppen.

Für die Krankenhäuser hat die Große Koalition keine ausreichenden und verbindlichen Mindestpersonalregelungen beschlossen. In den Altenpflegeeinrichtungen will die Bundesregierung gerade mal 8.000 neue Stellen schaffen – das ist weniger als eine zusätzliche Pflegekraft pro Einrichtung. Damit alte und pflegebedürftige Menschen endlich mehr Zuwendung bekommen, braucht es dringend mehr Personal! Damit mehr Menschen für den Pflegeberuf gewonnen werden können, müssen Arbeitsbedingungen, Bezahlung und

Ausbildung verbessert werden.

Dreiviertel aller Pflegekräfte geben an, dass sie bei ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchhalten können. Kranken- und AltenpflegerInnen sind weitaus häufiger krank als die Angehörigen anderer Berufe. Obwohl sie alles tun, damit andere gesund werden und bleiben.

Vom Pflegenotstand zum Pflegeaufstand!

Die Gesundheits- und Pflegereformen der vergangenen Jahre gingen in die falsche Richtung: Wettbewerbsfähigkeit und Profite von privaten Konzernen waren der Politik wichtiger als Gesundheit und Menschenwürde. Eine weitere Folge: Bundesweit werden immer mehr Krankenhäuser geschlossen oder privatisiert. Auch der Ärztemangel in ländlichen Regionen gefährdet die Gesundheit.



© Jakob Huber

Der neue Gesundheitsminister Jens Spahn steht für diese unsoziale Politik. Aber wenn der Druck aus der Gesellschaft steigt, ist die Chance für einen grundlegenden Wandel da: Menschenwürde vor Profite.

Jetzt heißt es: Am Ball bleiben und nicht locker lassen. Mit unserer Kampagne wollen wir die Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen unterstützen. Wenn alle, denen gute Pflege und Gesundheitsversorgung am Herzen liegen, sich beteiligen, können wir Menschenwürde und flächendeckend gute Versorgung in der Pflege tatsächlich durchsetzen!

Unsere Forderungen:

- 100.000 Krankenpflegerinnen mehr: Um den lebensbedrohlichen Pflegenotstand zu stoppen, braucht es 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern.
- Gesetzlicher Personalschlüssel: Es braucht eine verbindliche Regelung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.
- Ärztemangel und Krankenhausschließungen stoppen: Mehr Ärzte, Gesundheitszentren und Hebammen sollen kürzere Wege und kürzere Wartezeiten schaffen. Krankenhäuser müssen nicht Profit machen, sie müssen die Bevölkerung versorgen.
- 40.000 Altenpflegerinnen mehr: Für 40.000 zusätzliche Fachkräfte in den Altenpflegeeinrichtungen und eine verbindliche Personalbemessung, die für jede Schicht mehrheitlich Fachkräfte vorsieht.
- Kein Lohn unter 14,50 Euro in der Altenpflege: Wir fordern einen Mindestlohn von 14,50 Euro für die Altenpflege und höhere Löhne durch einen Tarifvertrag, der flächendeckend für alle Pflegekräfte gilt.

Bernd Rixinger

KREISTAGSFRAKTION HÄLT AN ANTRAG FEST

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE hatte am 28.02.2018 den Antrag gestellt, sich in öffentlicher Sitzung zur Insolvenz der Paracelsus-Kliniken zu positionieren. Gleichzeitig soll der Landrat beauftragt werden, mit den Verantwortlichen für das Insolvenzverfahren Verhandlungen zur Umsetzung einer Rekommunalisierung aufzunehmen und anschließend dem Kreistag Konzepte für eine kommunale Trägerschaft der Kliniken in Reichenbach, Adorf und Schöneck vorzulegen.

Dabei ist es für uns noch nicht entschieden, dass die Rekommunalisierung vom Tisch ist, im Gegenteil, wir gehen davon aus, dass nur bei dieser und bei einer konstruktiven Prüfung von deren Möglichkeiten der Druck auf die Paracelsus-Gruppe und den Insolvenzverwalter so hoch gehalten werden und dass das Reichenbacher Krankenhaus so erhalten werden kann. Aus diesem Grund sehen wir keine Veranlassung, unseren Antrag zurückzuziehen, so Kreisrat Henry Ruß aus Reichenbach. Nicht zuletzt das überwältigende Bekenntnis der Bürgerinnen und Bürger aus Reichenbach und Umgebung zum Krankenhaus und ihren Beschäftigten am gestrigen Tag zeigt, wie wichtig es jetzt ist, dass sich die Verantwortlichen aktiver denn je in den Prozess zum Erhalt der Krankenhäuser einschalten. Nicht nur einmal kam gestern auf der Veranstaltung zum Ausdruck, dass der Verkauf vor 18 Jahren, der ohne Not erfolgte!, ein Fehler war. In der Folge haben die wechselnden Eigentümer es gut verstanden, mit der Gesundheit der Menschen und auf Kosten der Beschäftigten gute Gewinne aus den Krankenhäusern zu ziehen.

Wie es dazu kommen konnte, dass das Reichenbacher Krankenhaus in den letzten Jahren Verluste machte, kann wohl nur das Management erklären. Wobei eins aus den Wortmeldungen deutlich wurde, die privaten Eigentümer haben immer Geld aus dem Reichenbacher Krankenhaus herausgezogen, um den jewei-

KRANKENHAUS NICHT SCHLIEßEN

sondern retten durch Rekommunalisierung

Am Donnerstag steht auf der Tagesordnung des Kreistages im Vogtlandkreis ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Rückübertragung der insolventen Paracelsus-Klinik in Reichenbach. In der letzten Woche hatten noch die Vertreter von sächsischem Sozialministerium (SMS) und Landkreis gemeinsam mit dem Insolvenzverwalter über die Zukunft des Klinikums beraten, veröffentlichte Resultate aus dem Gespräch waren reine Phrasen ohne jegliche Aussagen für die Zukunft der medizinisch unterversorgten Region und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dazu erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag Susanne Schaper: „Wenn durch die Insolvenz eines Krankenhauses die medizinische Versorgung in einer Region bedroht ist, so ist die einzig logische Konsequenz, es zu rekommunalisieren und es so zu retten. In unterversorgten Regionen, in denen es kaum noch Ärzte gibt, sind Krankenhäuser oft die einzige Anlaufstelle für kranke Menschen. Diese auf Grund privatwirtschaftlicher Fehlentscheidungen vom Versorgungsauftrag auszunehmen, halte ich für unverantwortlich. Hier sehe ich auch das Staatsministerium für Soziales, Verbraucherschutz und Gesundheit in der Pflicht, sich dafür einzusetzen, die

Zukunft des insolventen Krankenhauses zu sichern und die Kommunen bzw. den Landkreis entsprechend zu unterstützen. Lässt man die Schließung zu und fordert nicht zur Rekommunalisierung auf, bricht die Staatsregierung ihren eigenen Koalitionsvertrag, in welchem sie die wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung zum Ziel setzte.“

Die vogtländische Landtagsabgeordnete und Kreisrätin der LINKEN, Janina Pfau: „Leider wurde unser Antrag auf den geschlossenen Teil der Kreistagssitzung gesetzt, obwohl die öffentliche Behandlung beantragt wurde. Wie so oft hat Landrat Rolf Keil anscheinend wieder Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern des Vogtlandes, denn die Begründung, es würde Interessen Dritter betreffen, ist scheinheilig. Ich appelliere aber noch einmal an alle Kreisräte, unserem Antrag zuzustimmen und die Verhandlungen zur Rekommunalisierung endlich aufzunehmen. Zu lange wird von CDU und SPD schon auf „abwarten“ verwiesen, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Angestellten des Klinikums brauchen aber ein klares Zeichen, dass der Kreis die medizinisch unterversorgte Region nicht noch weiter ausbluten lässt.“

ligen Kaufpreis zu refinanzieren, anstatt diese Gewinne in die Weiterentwicklung des Krankenhauses zu stecken. Die wirtschaftliche Talfahrt des Reichenbacher Krankenhauses ist daher ein Beleg für das Scheitern der neoliberalen Privatisierungspolitik im Gesundheitswesen, wie sie gerade in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts propagiert worden ist, stellt der erste Bürgermeister und Kreisrat Thomas Höllrich fest. Es ist daher an der Zeit, dass der Vogtlandkreis das damalige Feigenblatt einer Rückübertragung auf den Kreis oder den Erwerb aus der Insolvenz heraus, nutzt, um die Krankenhäuser wieder in eine kommunale Trägerschaft, gleich welcher Form, zu überführen, denn nur dann, und dass wurde bei der Demonstration in Rei-

chenbach deutlich, werden die besten Ärzte und Mitarbeiter im Krankenhaus verbleiben oder sogar an dieses zurückkehren. Um künftig auszuschließen, dass die Krankenhäuser in erster Linie Spielball von Profitinteressen bleiben, ist alles daran zu setzen, dass diese Einrichtungen der Daseinsfürsorge wieder in öffentliche Hand gelangen und verbleiben! Dies gilt es im Kreistag zu diskutieren. Henry Ruß: „Und liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, Sie können dazu beitragen, dass das, was ihre Kollegen vor 18 Jahren mehrheitlich mit verantwortet haben, geheilt wird“.

Henry Ruß

PLAUENER OBERSCHULEN ERHALTEN

Die Schließung von Oberschulen in der Stadt Plauen ist eine Problematik, welche schon 12 Jahre lang auf der Tagesordnung steht.

Letztes Jahr war der Höhepunkt erreicht, als es an der Dittes-Oberschule und der Oberschule "Friedrich Rückert" zu Schwierigkeiten mit der Klassenbildung gekommen ist. Es wurde eine Notlösung vereinbart, dass es bei beiden Schulen ermöglichte, einzügige 5. Klassen zu bilden. Im Anschluss wurde mit Blick auf die eventuelle gleiche Situation, dieses Jahr im Stadtrat ein Beschluss gefällt, dass wenn wieder die zwei Oberschulen, keine zwei 5. Klassen bilden können, die Rückert-Schule gegenüber der Dittes-Schule vorrang haben soll.

Dies kritisierte der LINKEN-Abgeordnete André Hegel bereits im Stadtrat als "erster Sargnadel zur Schließung der Schule und das aus diesem Grund sich die Eltern genau überlegen, ob

sie ihre Kinder überhaupt noch an der Schule anmelden."

Dass diese Sorge nicht unbegründet war, zeigt sich an der Zahl der Anmeldungen. Nur noch 15 Kinder wollen an der Dittes-Schule die 5. Klasse besuchen. Das sind fünf weniger als 2017. An der Oberschule "Friedrich Rückert" sind es zwei Anmeldungen mehr als im Vorjahr.

"Auf den ersten Blick scheint es als müsste man dieses Jahr eine Schule schließen, doch auf den zweiten Blick und mit etwas Aufwand, kann man alle Oberschulen in Plauen retten, wenn man die ganzen Schülerinnen und Schüler auf die Einrichtungen gleichmäßig verteilen würde.

In jeder Schule könnten zwei Klassen mit mindestens 22 Schülerrinnen und Schülern gebildet werden und die Förderschule kann ihre drei Klassen bilden. Dabei kommt es natürlich auch

auf die Bereitschaft der Eltern an, ihrer Kinder auf eine anderer Oberschule zu schicken. Die Stadt muss in Gesprächen mit den Eltern erörtern, ob es für die betreffenden Familien weitere Optionen bei der Auswahl der Oberschule gibt." so André Hegel von der LINKEN.

"Man muss auch bedenken, dass es noch Wiederholer der 5. Klasse an den Schulen geben kann und dass auch der Platz für die Schülerinnen und Schüler aus den Oberschulen in freier Trägerschaft vorgehalten werden muss, da private Träger ihre Klassen ersatzlos streichen könnten." merkt Lars Legath, Beratender Bürger der Fraktion DIE LINKE im Sozialausschuss, an.

DIE LINKE lehnt Schulschließungen konsequent ab, denn wenn eine Schule einmal geschlossen wurde, wird sie in Sachsen nicht mehr geöffnet.~

ZU ALKOHOLVERBOT IN TEILEN DER INNENSTADT PLAUEN

Zum geplanten Alkoholverbot in Teilen der Innenstadt Plauen möchte der Stadtvorstand Plauen DIE LINKE. folgende Stellungnahme abgeben:

Was soll das Alkoholverbot bezwecken? Soll es jene aus der Innenstadt verbannen, die jetzt am Postplatz den Tag verbringen, weil sie am Rande der Gesellschaft stehen - aus welchen Gründen auch immer - oder weil sie eine andere Lebensauffassung haben?

Werden mit dem Alkoholverbot diese Menschen nicht automatisch kriminalisiert? War doch der Ausgangspunkt der ganzen Diskussion das fehlende Sicherheitsgefühl von Bürgerinnen und Bürgern, wenn sie durch die Innenstadt gehen, sowie die Vorkommnisse am Tunnel, wo es um Auseinandersetzungen zwischen ver-

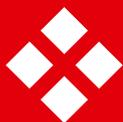
schiedenen Personengruppen ging. Doch gingen diese Delikte von besagter Personengruppe aus?

Sicher setzt Alkohol die Hemmschwelle für Gewalt, Anpöbeleien und Verschmutzungen herunter, doch Verbote werden da nicht wirken, besonders wenn sie kaum zu kontrollieren und rechtlich vakant sind. Hinzu kommen zeitliche und räumliche Begrenzungen sowie Ausnahmereglungen. Sinnvollere Maßnahmen durch die Stadt wären aus unserer Sicht Streetworker, die sich um die besagten Personengruppen kümmern, häufigere Streifendienste von Ordnungskräften und Polizei sowie präventive Angebote, um die Ursachen für Alkoholmissbrauch, Drogenkonsum und gewalttätige Auseinandersetzungen zu bekämpfen.

Mit dem geplanten Alkoholverbot verschiebt man diese Probleme aber nur in andere Bereiche. Genannt seien hier nur der Theaterplatz, Altmarkt oder Bahnhofstraße. Bestimmte Personengruppen suchen nun einmal die Innenstadt auf, um wenigstens etwas am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Im Übrigen: Wer sagt, dass eine Demokratie es aushalten muss, wenn in regelmäßigen Abständen rechte menschenfeindliche Hetze in der Innenstadt verkündet wird, sollten auch die Menschen in der Innenstadt aushalten können, die am Rande der Gesellschaft stehen, ohne dabei kriminell oder gewalttätig zu sein.

Petra Rank



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de



HARTZ IV IM ÖFFENTLICHEN GESPRÄCH - ENDLICH!

Zunächst erregte der Berliner Regierungschef Michael Müller Aufsehen mit seinem Vorschlag eines "solidarischen Grundeinkommens": Hartz IV-Betroffene, die keine Arbeit haben, aber arbeiten wollen, erhalten Arbeit zum Mindestlohn im kommunalen Dienstleistungsbereich, z.B. in der Sperrmüllbeseitigung, beim Säubern von Parks, Einkaufsdiensten für Behinderte, Tätigkeiten in der Flüchtlingshilfe, als Übungsleiter in Sportvereinen. Namhafte Vertreter von SPD wie Ralf Stegner, Malu Dreyer, Karl Lauterbach unterstützten diese Idee genauso wie Mitglieder der Grünen und sogar der Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Auch LINKE waren zunächst nicht abgeneigt, erinnert diese Maßnahme doch an die linke Forderung nach einem öffentlichen Beschäftigungssektor. Sie ist aber eine Mogelpackung: Erstens gelten für alle diese Tätigkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt Tariflöhne, die deutlich über dem Mindestlohn liegen, und zweitens wären viele Betroffene, z.B. Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderungen, weitgehend ausgeschlossen, weil ihnen die geforderte Vollzeitbeschäftigung nicht möglich ist. Auch der Armutsforscher Prof. Christoph Butterwegge, einer der profiliertesten Kritiker von Hartz IV, kritisiert das Konzept, weil es lediglich einen neuen Niedriglohnsektor schaffen würde.

Aufhorchen ließ auch die Ankündigung des neuen SPD-Bundesarbeitsministers Hubertus Heil, das Sanktionssystem

von Hartz IV zu überprüfen. Vorausgegangen war u.a. eine Kritik des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit Detlef Scheele an den geltenden Sanktionsvorschriften für junge Arbeitslose: Bereits nach dem ersten Meldeversäumnis wird ihnen die volle Regelleistung, also das gesamte Geld für den Lebensunterhalt, gestrichen, und für das zweite Versäumnis im gleichen Jahr entfällt auch die Zahlung der Miete. Ohne fremde Hilfe landen sie dann auf der Straße! DIE LINKE hat seit der Veröffentlichung des Hartz IV-Gesetzes Sanktionen als verfassungswidrig kritisiert und verlangt in steter Regelmäßigkeit die Abschaffung von Sanktionen! So steht es auch in unserem Parteiprogramm: DIE LINKE fordert eine sanktionsfreie Mindestsicherung (allerdings in einer Höhe, die Armut verhindert)! "Es (das menschwürdige Existenzminimum - D.W.) ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden", so urteilte das Bundesverfassungsgericht am 9. Februar 2010 in einer verfassungsrechtlichen Prüfung von Hartz IV. Das heißt: Sanktionen am Existenzminimum sind verfassungswidrig! Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD steht dazu allerdings nichts. Wir hoffen, dass der Bundesarbeitsminister trotzdem Wort hält und zumindest die Sanktionen gegen Jugendliche wenigstens reduziert!

Beachtung fand auch die Aktion der Hartz IV-Betroffenen Sandra S., die gegen die Äußerung unseres Gesund-

heitsministers Jens Spahn, Hartz IV schaffe keine Armut, sondern verhindere sie, eine Petition initiierte und in der Sendung "Hart aber fair" am 26. März ihre Kritik an Hartz IV und Jens Spahn begründete und verteidigte. In der letzten Veröffentlichung zur Petition wurde mitgeteilt, dass bereits 194.107 Personen den Rat an Jens Spahn, doch wenigstens einen Monat vom Hartz IV-Regelsatz zu leben, unterschrieben haben. In der Sendung "Hart aber fair" vom 26.3. stritten die Teilnehmer der Runde, zu der auch Sandra S. gehörte, hart für und gegen Hartz IV. Verdeutlicht wurde aber auch an Beispielen, dass viele Bürger in prekärer Beschäftigung kaum besser leben können als Hartz IV-Bezieher: Letztere erhalten ja zusätzlich Hilfe von Tafeln und mancherorts durch einen Sozialpass auch Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr und evtl. beim Besuch kultureller Einrichtungen. Aber genau das ist ja das Verwerfliche am Hartz IV-System: Es hat einen Billiglohnsektor im Deutschland geschaffen, der eine Schande für unser reiches Land ist! Die Schlussfolgerung darf aber nicht lauten: "Hartz IV reicht", sondern "Arbeit muss sich lohnen". Deshalb: Rauf mit dem Mindestlohn! Runter mit den Exportüberschüssen Deutschlands, der andere EU-Länder zu Schuldnerstaaten macht! Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland darf sich nicht weiter öffnen, die Differenz muss verringert werden! Und zwar deutlich!

Dr. Dorothea Wolff

NEIES VON DAR META

Ne Mittwoch hamm de Meta und de Neideiteln schaa frieh um Neine mietnanner telefoniert un geschimpft un gespeckart, dess kaa Steckn mehr good gebliem is:

„Mar traut siech kaum nooch frieh am Morgn nei de Zeitung ze gucken, weil aan doo dor Kaffee nimmer schmeckt,“ soocht de Neideiteln. „In ganz Deutschland ieberleeng se siech, wie se mehr Leit in de öffentlichen Verkehrsmittel bringe kenne. Manche redn von kostenlosen Angeboten, bessere Taktzeitn un im Ruhrpott wern de Fahrpreise fier den Nahverkehr

drastisch gesenkt, um mehr Leit nei de Bahn un de Busse ze bringe! Bloß den Varantwortlich'n im Vuuchtland is des alles scheißegal un de Linien wern weiter ausgedinnt. Zu allem leberfluss kimmt noch e Preiserhebung ab 1. Mai dazu.“

Drauf de Meta: „Unnere Bekanntn aus Bad Elster hamm uns schaa von dar großn Sauerei erzehlt. Anstatt kerzere Taktzeiten drohen kinftisch schlechtere Ab Ohmd um Sechse is dor Nahverkehr im Oberen Vuuchtland tot un de Bordstaa wern hochgeklappt. Tageskartn gibbs dann ieberhabbt

nimmer. Mar kennt denkn, hier soll e ganze Region abgehängt wern. In denn düsteren verlass'nen Buswarteheiseln hamm de Leit sogar scha Fledermaus husch'n seh'.

Auf de Strooßn zwischen Oberland un Plauze fahrn dann noch mehr Autos un bloß'n noch mehr giftige Abgase in de Natur. Mar kennt ball denken, unnere Großkopferten hamm von den kriminellen Autokonzernen e saftsche Prämie krischt“

Dieter Riedler

DAS THEMA SICHERHEIT IN PLAUEN KOCHT REGELMÄßIG HOCH.

Trotz dessen, dass das Gefühl der Unsicherheit in seiner Intensität sicherlich höher ist, als es der Realität entspricht, so gibt es dennoch auch reale Probleme in der Innenstadt die keiner leugnen kann und will.

In der Frage, wie man das Sicherheitsgefühl der Menschen wieder zurückholen kann, gibt es verschiedenste Ansätze. Die CDU pocht beispielsweise auf ein Alkoholverbot, welches aber aus unserer Sicht am Ziel vorbei geht. Es würde die Probleme vom Postplatz nur auf den Theaterplatz oder ans Mosenendenkmal verlagern. Gerade bei letzterem, wo die existenz eines kleinen Spielplatzes daran hängt, wäre die Verdrängungswirkung zudem kontraproduktiv. Dass es zusätzlich noch Kosten verursacht, ist für mich persönlich der endgültige Grund, dieses Vorhaben abzulehnen. Der Satz „Es schadet ja nichts es wenigstens zu versuchen“ greift, hier also nicht. Es schadet ja zumindest schon einmal finanziell.

Letztlich zeigt aber auch der Vorstoß zumindest erstmal eins. Es handelt sich bei der Situation am Postplatz vor allem erst einmal um ein soziales Problem und erst im Nachgang um ein Sicherheitsproblem.

Es müssen also andere Lösungen her. Wir als LINKE haben da schon seit Jahren das Thema Sozial- und Jugendarbeit als Lösungsansätze in den Mittelpunkt gestellt und sehen das auch heute noch als einen wesentlichen Aspekt zur Entschärfung der Situation an. Dass es parallel dazu ausreichend reguläre Polizeikräfte braucht, die sich um die wirklichen Sicherheitsfragen kümmern, bleibt dabei unbenommen. Gerade hier haben die Landesregierungen der letzten Jahrzehnte viele Fehlentscheidungen getroffen, nun aber erste

Weichenstellungen in die richtige Richtung unternommen. Wünschenswert, auch aus Sicht der Anlieger und Gewerbetreibenden vor Ort wäre dabei, dass die Streifen nicht nur durchfahren, sondern vor allem zu Fuß vor Ort sind und entsprechend in Problemlagen auch als ansprechbar wahrgenommen werden. Jedoch auch hier wieder der Hinweis, genau das ist es, was Sozialarbeit vor Ort auch bewirkt. Einzelne Maßnahmen allein reichen da aber sicherlich nicht. Es braucht die Kombination aus den genannten Sachen, um eine ganzheitliche Problemlösung anzustreben.

Ein zweites Problem, was aus dem Ursprünglichen erwächst ist eine zunehmende Spaltung, der Gesellschaft. Gruppen von Bürgern, die ihrer Angst und ihrem Unmut (AUCH verursacht durch ausländische Straftäter) Luft machen, sind nicht grundsätzlich alles Nazis. Wenn man diesen Menschen sofort einen solchen Stempel auf die Stirn drückt, dann treibt man sie letztlich nur in die Hände von Extremisten und Populisten des rechten Lagers. Andererseits muss man natürlich auch kritisieren, wenn rassistische Töne auf solchen Veranstaltungen fallen. Aus meiner Sicht ist es aber die Art und Weise, wie man das kritisiert. Bekanntlich macht der Ton die Musik. Man muss letztlich miteinander kommunizieren und Willens sein, den Kern dessen zu erfassen, was das Gegenüber meint. Meint der Bürger es (ideologisch) rassistisch, wenn er seine Angst vor ausländischen Straftätern herausschreit, oder ist ihm dabei gar nicht bewusst, dass er das Problem mit der Einschränkung auf das ausländische, verkürzt und daher unlösbar macht. Ist denn jemandem geholfen, wenn alle Ausländer (also auch die friedlichen) vom Zentrum vertrieben werden? Und ist es dann besser, wenn dann nur

noch Deutsche (also auch die kriminellen) dort sind. Ich habe kürzlich eine längere Debatte mit einer Dame auf Facebook gehabt, in der ich ihr erklärt habe, dass ich persönlich, weniger Angst vor den Ausländern am Tunnel habe, als vor den Nazischlägerbanden vom Dritten Weg. Diese sind für alle im Internet nachlesbar in vielen Fällen wegen Gewaltdelikten verurteilt und hatten in mind. einem Fall sogar Kontakte zu den Terroristen vom NSU. Ist dann mein Sicherheitsbedürfnis weniger Wert als das anderer Bürger? Nein. Man muss das Problem also sachlich und „blind wie Justitia“ angehen. Die Kriminalität muss bekämpft werden und nicht das vermeintlich Fremde. In diesem Sinne, redet miteinander, versucht einander zu verstehen, ohne sofort und abwertend zu urteilen. Versteht aber auch die Kritik, die euch das Gegenüber entgegen bringt. Die Aussage „die etablierten Parteien kümmern sich nicht um uns“ ist vor allem ein Hilfeschrei. Die Aussage, dass sich die Stimmung auf der Straße teilweise so anfühlt wie 1932, ist es aber auch. Nehmt einander Ernst. Nur so können wir gemeinsam verhindern, dass nicht doch bald wieder 1933 wird.

Maik Schwarz



Du bist Mitglied der Partei DIE LINKE, liest regelmäßig deine E-Mails? Aber du bekommst keine von DIE LINKE?

Dann kennen wir deine E-Mailadresse vielleicht noch nicht, oder deine E-Mailadresse hat sich geändert.

Melde deine E-Mailadresse und deinen Namen an die Kreisgeschäftsstelle unter: kontakt@dielinke-vogtland.de

DIE KARAWANE Zieht WEITER...

Hatte mein ursprünglicher Beitrag eigentlich heißen sollen "Quo vadis Adorf - wohin führt der (Schul-) Weg?". Bedenken auch geäußert hinsichtlich nur Außenstelle "Übernahme der Schulträgerschaft nicht vorgesehen...". Wann ich immer Sätze höre wie "...nicht die Absicht..." bin ich erfahrungsgemäß skeptisch. Hat sich solches in diesem Falle erübrigt. War der evangelische Schulverein von seinem Vorhaben zurückgetreten.

Verstehe ich doch durchaus die Skepsis des Direktors, der keine Notwendigkeit dazu sieht in einer gut funktionierenden Oberschule - dafür aber große Probleme, was das planerische betroffen hätte. Auch räumlich wäre es nicht leicht gewesen; sind die Zimmer doch nach einem Rotationsprinzip gut belegt.

Die erneut relativ niedrigen Anmeldezahlen wären denn auch eher dem leichteren Zugang zum Gymnasium geschuldet wie auch dem Konkurrenzkampf der noch verbliebenen Bildungseinrichtungen durch diese total verfehlte Bildungspolitik der CDUgeführten Landesregierung, würde sich das Nebeneinander der (wie es mir mein Sohn - damals Schüler der 10. Klasse der (inzwischen) abgewickelten Mittelschule Schöneck/V. täglich berichtete - "Normalos" gegenüber den (noch wenigen) arrogant-überheblichen "privaten Evangelos") durchaus nicht konfliktfrei gestalten.

Solcherart Probleme indes wird es wohl nun nicht geben - wurde doch die staatliche Mittelschule Bad Elster bereits vor 7 Jahren kompromisslos und bar jeder Vernunft plattgemacht.

Womit die durchaus vernünftig begründete Entscheidung den Adorfern dann gar noch "auf die Füße fallen könnte" - die Gefährdung des Schulstandortes durch "Abwanderung". Cui bono - wem am Ende nützt es? Betrifft diese Frage denn auch den zweiten Teil meiner "Bildungsempfehlung" - diesmal in Sachen "Mühlental"!

"Fingerzeig Gottes" oder nur "Duplizität der Ereignisse"?

Ein erneuter Vorstoß, nachdem seinerzeit die "Um- oder Überleitung" der Mühlentaler Schüler nach Schöneck - begründet u.a. wegen des Anschlusses später an das evangelische Schulzentrum Schöneck möglich und empfehlenswert wäre. Der Vorstoß damals wie heute unter recht eigenartigen Umständen - von Intrige und heuchlerischer Verlogenheit war gar die Rede - was dann glücklicherweise aus Gründen der Vernunft und Verantwortung für die Gemeinde - aber auch den übergeordneten Schulbehörden gescheitert war.

Nun also die Teilung des Schulbezirks - denn aber auch mit dem Ergebnis, diese bestens funktionierende und mit viel Geld und noch mehr Liebe modernisiert, erweitert und auf einem optimalen Bildungsstand befindliche Schule "durch die Hintertür" plattzumachen" - das nämlich könnte das Ergebnis der Schülerabwerbung sein. Da sei doch hoffentlich Gott - oder sicherheitshalber besser die Schulbehörde vor.

Obgleich: könnte in die geschlossene Schule dann - als "gemachtes Nest" das evangelische Schulzentrum einziehen - als Außenstelle natürlich. Geht's denn vielleicht auch darum?

Da wären dann die bisher nach Schöneck "umgeleiteten" Schüler durch die Vordertür wieder in Eichigt - ... - nur eben unter christlichen Kreuzen? Und der Schüler-Wanderzirkus wäre perfekt gelungen! "Ein Schelm, der..." - Sie wissen schon überlegt sich

Jürgen Böhm

ICH WEIß NICHT, WAS SOLL ES BEDEUTEN!

Mit großem Tamtam und Trara plant die Stadtverwaltung Plauen neben dem Wendedenkmal eine neue pompöse Tourist-Information zu bauen. Viele Bürger haben die Pläne zum Neubau mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen und können dieser „Jahrhundertidee“ keinen Beifall spenden - im Gegensatz zum Bau- und Umweltausschuss. Es ist eine absurde Idee, nur 100 m von der bisherigen zentralen Lage im Rathaus ein neues „Bauwerk“ zu errichten, das wie ein 08/15 - Bau daherkommt und zudem noch eine Million Euro kosten soll. Selbst wenn die Stadt Fördermittel dafür bekäme, handelt es sich um eine eklatante Verschwendung von Steuergeldern. Überall hängt der Pferdekopf raus, in Turnhallen regnet es rein, der „Kuhfladenfußweg“ vom Oberen Bahnhof zur Innenstadt hat inzwischen Bestandschutz erlangt, etc. Mit diesem Bauwerk erwirbt Plauen höchstens den Anspruch auf den nächsten „Schleudersachsen“ für sinnlos verplemperte Fördermittel!

Zu den angeblich fehlenden Busparkplätzen im Umfeld: Am Neustadtplatz, mitten in der schön hergerichteten Innenstadt (Schlossanlage und dergleichen), sind die Möglichkeiten längst vorhanden. Dort sollte endlich die fehlende WC-Anlage entstehen, damit die ankommenden Reisenden nicht wie jetzt üblich in jede Ecke hinpissen müssen, weil nach oft stundenlanger Busfahrt der Blasendrang sein Recht fordert.

Dieter Riedler



Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma

ZUR WAHL DES PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK KUBA

Miguel Mario Díaz-Canel Bermúdez wurde am 19.04.2018 zum Präsidenten der Republik Kuba gewählt. Die Wahl erfolgte durch 605 Abgeordneten, die am 11. März als Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung in die Nationalversammlung gesandt wurden.

Petra Wegener, Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erklärt dazu: „Die Umstände des Wechsels an der Spitze des kubanischen Staates zeigen, dass die kubanische Revolution über eine erheblich größere gesellschaftliche Verankerung verfügt als oftmals im Ausland wahrgenommen.“ Allen Widrigkeiten und Rückschlägen zum Trotz verfolgt das Land seinen Entwicklungsplan weiter, der zwischen 2011 und 2016 in einer breiten gesellschaftlichen Debatte diskutiert und verabschiedet worden ist. Weiter erklärt Petra Wegener: „Mit dem Wechsel im Präsidentenamt in Kuba erweist sich, dass die politische Stabilität Kubas keinesfalls, wie oft fälschlicherweise angenommen, auf die Macht und die Autorität von Einzelpersonen zurückgeht. Spätestens jetzt erweist sich, dass die international forcierte These vom „herrschenden Familienclan der Castros“ an der Realität vorbei geht.“

Hinsichtlich der fortgesetzten Angriffe auf Kuba führt Wegener aus: „Die Gegner Kubas werden sich neue Vorwände basteln und sich auf eine neue Stoßrichtung einigen müssen, um ihre Aggressionen gegen Kuba zu legitimieren. Das gilt auch für die US-Regierung, deren

Helms-Burton-Gesetzgebung zur juristischen Absicherung der Blockade gegen Kuba explizit mit dem Familiennamen „Castro“ verbunden ist.“ Die ersten Kampagnen gegen den neuen kubanischen Präsidenten, die in Miami bereits angelaufen sind, konterkarieren die Entscheidung der US-Regierung von 2014, die Regierung der Republik Kuba als ebenbürtigen Gesprächspartner anzuerkennen.

Die Bundesvorsitzende der ältesten Kuba-Solidaritätsorganisation stellt abschließend fest: „Unbenommen aller zu erwartenden Kampagnen und Angriffe ist der 19. April 2018, zugleich der 57. Jahrestag der Niederschlagung der US-gestützten Invasion in der Schweinebucht, ein guter Tag für die Kubanische Revolution, hat sie doch einmal mehr ihre Nachhaltigkeit und ihre Zukunftsorientierung unter Beweis gestellt.“

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

ZUSAMMEN WANDERN

Der Ortsverband Plauen plant für den 23.06.2018 eine Wanderung von Weischlitz aus zu einem ökologischen Landwirtschaftsbetrieb in Großzöbern.

Wer daran teilnehmen möchte, meldet sich bitte beim Ortsvorstand Plauen 03741/201695. Wenn es genug Anmeldungen gibt, würden wir mit der genaueren Planung beginnen. Diese werden wir im nächsten Vogtlandboten veröffentlichen.

Petra Rank

IDEENSAMMLUNG ZUM WAHLPROGRAMM ZUR KREISTAGSWAHL

Liebe Genossinnen und Genossen, bald sind wieder Kreistagswahlen und natürlich brauchen wir für die Kreistagswahlen wieder ein Wahlprogramm. Aus diesem Grund fangen wir jetzt schon an eure Ideen für unser nächstes Wahlprogramm zu sammeln. Es muss sich jetzt noch nicht um einen vollkommen ausformulierten Text handeln, sondern es handelt sich um eine Ideensammlung.

Vorschläge können noch bis zum 30.06.2018 an den Kreisvorstand geschickt werden

Janina Pfau

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

E. Schulze	Rodewisch	16.5.
H. Hartmann	Auerbach	18.5.
H. Franke	Netzschkau	31.5.
G. Vogel	Ellefeld	31.5.
W. Schmidt	Mylau	03.6.
W. Beyer	Plauen	03.6.
E. Gork	Plauen	03.6.
G. Lorenz	Falkenstein	03.6.
K. Gromoll	Klingenthal	05.6.
H. Einenkel	Klingenthal	08.6.
M. Rehberg	Reichenbach	11.6.
M. Geipel	Klingenthal	11.6.
H. Konrad	Reichenbach	13.6.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

"Im Jahr 2017 stellten in Deutschland 1.492 Brauereien rund 85 Millionen Hektoliter Bier (ohne alkoholfreies Bier) her."
Statistisches Bundesamt

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.04.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.05.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.